

Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 06. Oktober 2011

Antrags-Nr. 11-F-07-0018

**Fördermittelvergabe durch den Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 28.09.2011 -**

Der Ausschuß für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration hat in seiner Sitzung am 27.09. neue Richtlinien für die Fördermittelvergabe durch den Ausländerbeirat gebilligt und die Stadtverordnetenversammlung beschließt aller Wahrscheinlichkeit nach am 06.10. darüber. Nach Auffassung der BLW bestehen starke rechtliche und inhaltliche Bedenken gegen die Richtlinien in der vorliegenden Form. Da der Ausländerbeirat laut HGO nur die Aufgabe der Beratung der städtischen Gremien hat, ist es fraglich, ob er überhaupt über Fördermittel verfügen darf. Die finanzielle Unterstützung der Grauen Wölfe und auch von Milli Görüs durch den Ausländerbeirat, also von Gruppierungen, die vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich eingestuft werden, hat gezeigt, daß hier striktere Vorgaben nötig sind. Außerdem müßte sichergestellt werden, daß die Steuergelder, die ausländischen Vereinen zugute kommen, zugunsten einer besseren Integration ausgegeben werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die neuen Richtlinien noch einmal rechtlich darauf überprüfen zu lassen, ob es überhaupt in der Kompetenz des Ausländerbeirats liegt, Fördermittel zu vergeben, und ob dazu nicht zumindest eine besondere Beauftragung durch die Stadtverordnetenversammlung nötig ist;
2. sicherzustellen, daß in Zukunft Gruppierungen, denen der Verfassungsschutz verfassungsfeindliche Tendenzen attestiert, grundsätzlich nicht mehr in den Genuß von Steuermitteln kommen;
3. bei der finanziellen Unterstützung von Vereinen und Projekten dafür zu sorgen, daß durch Verwendungsnachweise deutlich gemacht wird, daß jeweils die Integration gefördert wird.

Beschluss Nr. 0448

Der Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 28.09.2011 betr.

Fördermittelvergabe durch den Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden
wird abgelehnt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .10.2011

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .10.2011

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister